

Ungeliebte Kriegsforschung

Unis wehren sich gegen den Vorwurf, in der sicherheitspolitischen Debatte zu leise zu sein: Es mangle nicht an Willen, sondern an Fördergeld

Von Silke Bigalke

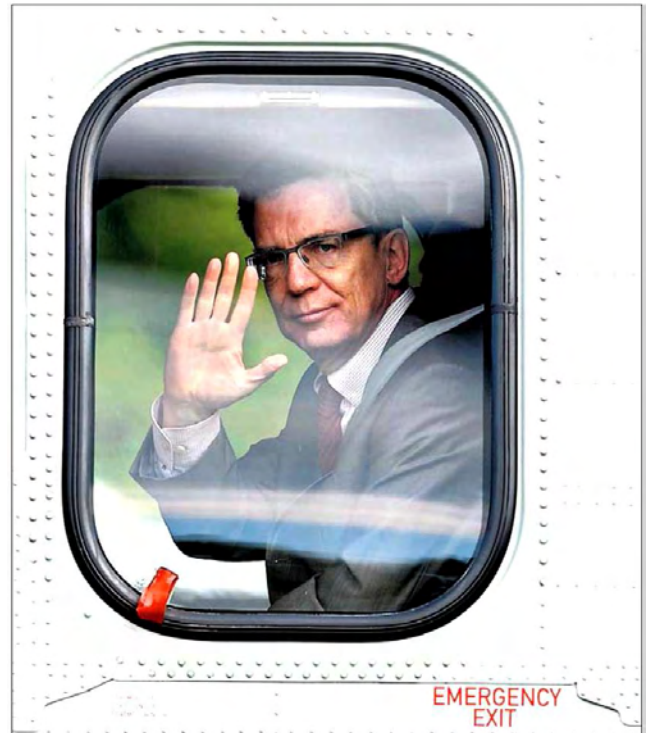
München – Ein Verteidigungsminister hat es nicht immer leicht in einem Land, in dem sich die meisten Menschen völlig sicher fühlen. Sie sitzen in ihren behüteten Heimen, denken nicht an Afghanistan, nicht an Piraten vor Somalia, nicht an das Für und Wider eines Nato-Einsatzes in Syrien. Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) will das ändern: Er wünscht sich mehr sicherheitspolitische Debatten in Deutschland und sieht die Hochschulen in der Verantwortung. Er erkenne „keinen großen intellektuellen Beitrag der deutschen Universitäten zur Frage von Krieg und Frieden“, sagte de Maizière jüngst in einem Zeitungsinterview. Das sei nicht als Vorwurf gemeint gewesen, erklärte sein Sprecher später, sondern als Ermunterung.

Unter Wissenschaftlern verursacht die Aussage trotzdem Aufregung. Nicht, weil sie völlig falsch wäre: Die Lehrstühle, die sich in Deutschland explizit mit Sicherheitspolitik beschäftigen, lassen sich an einer Hand abzählen, es dürften nicht mehr als fünf sein. Das aber liege daran, dass die „Kriegsforschung“ nicht gewollt sei, klagen die Wissenschaftler: „Wer sich unbeliebt machen will, macht Sicherheitspolitik, wer Fördermittel will, macht was anderes“, sagt Markus Kaim, der die Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin leitet.

Joachim Krause, Direktor politik an der Uni Kiel, Sicherheitspolitik ist es Forschungsförderung gebe es nur zwei oder drei forschten.

„Wer sich unbeliebt machen will, macht Sicherheitspolitik, wer Fördermittel will, macht anderes.“

Seit dem Kalten Krieg hat sich der Umgang mit sicherheitspolitischen Fragen stark verändert. Damals trennte man noch stärker zwischen Friedens- und Kriegsforschung. Heute ist das Thema weniger greifbar. Es geht nicht mehr um Staat gegen Staat, sondern um asymmetrische Konflikte, also Einsätze gegen Gruppen innerhalb eines Staates, um Bürgerkriege und um die Sicherung von Krisenregionen. Die Politikwissenschaftler teilen sich das Feld mit Ethnologen, Juristen und Soziologen. Das mag ein Grund dafür sein, dass sie sich über zu wenig Förderung beklagen. Hinzu kommt, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft Grundlagenforschung finanziert. Wer sich mit einem konkreten Konflikt beschäftigt, bekommt meist nichts.



Er erkenne „keinen großen intellektuellen Beitrag der deutschen Universitäten zur Frage von Krieg und Frieden“, hat Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) jüngst beklagt. Die Kritik wollen die Unis so nicht stehen lassen: Anders als etwa in Großbritannien oder Frankreich werde die „Kriegsforschung“ in Deutschland kaum gewollt oder finanziell gefördert. Gelingt es den Forschern doch mal, sich Gehör zu verschaffen, würden Debatten oft im Keim erstickt. Foto: D. Ebener/dpa

des Instituts für Sicherheitsstimmt zu: „Im Bereich unheimlich schwierig, lockerzumachen.“ Außer ihm Kollegen, die zu dem Thema

De Maizière wünscht sich nun Antworten auf aktuelle Fragen. Zum Beispiel: Dürfen Armeen Drohnen im Kampf einsetzen? Dürfen sie private Sicherheitsfirmen einspannen? Wie sollten Staaten auf einen Cyberangriff reagieren? Doch die Öffentlichkeit interessiert das oft nicht. Und wenn doch, lehnt sie Forschung und Lehre zu diesen Fragen eher ab: „Wer die Rolle der Bundeswehr thematisiert, schrammt immer knapp an dem Verdacht vorbei, ein Kriegstreiber zu sein“, sagt Eberhard Sandschneider, Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Er spielt damit auf die heftige Kritik am Sonderforschungsbereich 700 an, der seit dem Jahr 2007 untersucht, wie Krisengebiete zu regieren sind. Vor allem Studenten werfen den Wissenschaftlern vor, damit militärische Interventionen zu unterstützen.

Dass den Deutschen das Thema unangenehm ist, liegt auch an ihrer Vergangenheit. „Fragen von Krieg und Frieden kann man in Deutschland kaum diskutieren, ohne dass sie normativ aufgeladen würden“, sagt Kaim. In anderen Ländern, etwa in Großbritannien und Frankreich, seien Krieg und Frieden sozialwissenschaftliche Phänomene, fast wie Geld oder Ehe. „Moralische Fragen sind damit nicht unmittelbar verbunden.“

Gerade weil das in Deutschland anders ist, trauen nicht alle Forscher dem Wunsch des Ministers nach mehr öffentlicher Diskussion. Politiker wie de Maizière beklagten zwar gerne die fehlende Debatte, sagt Christopher Daase, Vorstandsmitglied der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung sowie Dozent für Internationale Uni Frankfurt, „aber wenn sie dann sie kleinhalten. Dann wird sie gerne pazifistisch kritisiert und delegiert, etwa, ob in Afghanistan Krieg einfach abgewürgt worden. „Die Gesellschaft habe keine Ahnung, hieß es, man müsse das den Spezialisten überlassen.“

Fragen von Krieg und Frieden würden schnell normativ aufgeladen, sagen Forscher.

Organisationen an der stattfindet, wollen sie als uninformatiert oder timiert.“ Die Debatte herrsche oder nicht, sei

Gerade das Beispiel Afghanistan hat gezeigt, dass sich auch die Politik scheut, von Krieg oder Kampfeinsätzen zu sprechen. Die Wissenschaftler kritisieren dieses Zaudern in sicherheitspolitischen Fragen. „Es gibt wenig Willen, sich festzulegen“, sagt Michael Brzoska, wissenschaftlicher Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik. „Wir wollen multilateral sein, aber nicht zu sehr. Wir wollen national sein, aber nicht zu sehr.“ Strategische Fragen würden gleich ganz ausgeblendet, ergänzt sein Kollege Joachim Krause aus Kiel. Dabei wäre eine Strategie nötig, um auf die veränderte Rolle Europas, auf das aufstrebende China oder den abnehmenden Einfluss der USA reagieren zu können.

Diese Lücke in der Sicherheitspolitik, die auch an den Universitäten klafft, könnte noch zum Problem werden: „Wir werden immer wieder überrascht werden, weil wir in einigen Teilbereichen nicht gut aufgestellt sind“, sagt Michael Brzoska. Bei einem Iran-Krieg beispielsweise hätte Deutschland zu wenig Leute, die sich mit der Führung Irans auskennen. Auch nach dem 11. September habe man an den Universitäten die Anschläge nicht einzuordnen gewusst, sagt Markus Kaim vom Berliner SWP. Denn bis dahin hatte sich kaum jemand seriös mit islamistischem Terror auseinandergesetzt. „Es entstand ein Vakuum, das dann zum Teil von Scharlatanen gefüllt wurde.“

Auszug aus „Welt“-Interview mit Thomas de Maizière am 03.02.2012 über die Münchener Sicherheitskonferenz und die Rolle der Bundeswehr www.cdu.de/portal2009/26423_34097.htm

Welt: Brauchen wir eine nationale Sicherheitsstrategie - auch um die nur in Fachkreisen geführte Debatte über Verteidigungspolitik zu beleben?

De Maizière: Es nützt wenig, wenn man nur Papier beschreibt. Strategien haben wir genug in Deutschland. Man kann einer Gesellschaft so eine Diskussion auch nicht verordnen. Ich bin zum Beispiel froh, wie engagiert die Kirchen diskutieren. **Dagegen erkenne ich keinen großen intellektuellen Beitrag der deutschen Universitäten zur Frage von Krieg und Frieden. Obwohl ja eigentlich Hochschulen eine Art Initialzündler für gesellschaftliche Debatten sein könnten.** Es gibt einerseits eine bewegende Anteilnahme am Schicksal deutscher Soldaten, an Gefallenen, Verwundeten oder Traumatisierten. Und auf der anderen Seite eine merkwürdige Teilnahmslosigkeit, was das alles sicherheitspolitisch bedeutet. Das verstehe ich nicht immer so ganz.